

(1,4 Mrd. Euro). Die Bank of Georgia spricht von etwa einer Mrd. Dollar. Stimmen Saakaschwilis Angaben, wäre dies ein Fünftel der georgischen Wirtschaftsleistung

EASTCONOMIST

Redaktion: Mag. Matthias Auer
© (01) 514 14 488

Mag. Oliver Grimm

© (01) 514 14 384

eastconomist@diepresse.com

www.diepresse.com/eastconomist

Krieg schadete auch Russland

Bei den Schäden ist Südossetien nicht mitgerechnet. Für die von Georgien abtrünnige Republik fühlt sich dem Gebaren nach ohnehin bereits Russland zuständig. Über eine Mrd. Dollar Schäden hätte die georgische Aggression in Südossetien verursacht, sagte Russlands Premier Wladimir Putin. Russland werde in einem Soforthilfeprogramm 9,5 Mrd. Rubel (260 Mio. Euro) und mittelfristig 16 Mrd. Rubel in den Wiederaufbau des landwirtschaftlich dominierten Südossetien pumpen.

en nur in dem sehr bescheidenen Ausmaß berücksichtigt, in dem das russische Verteidigungsministerium Angaben darüber gemacht hat. Auch aus Georgien fehlen genauere Angaben. AST schätzt für die vier Kriegstage 4,8 Mrd. Rubel Kosten für Georgien täglich, den Schaden an ziviler Infrastruktur eingerechnet. Letztere wurde aber auch nach dem offiziellen Kriegsende weiter zerstört.

Die Kriegsereignisse haben nicht nur Investoren in Georgien verschreckt, das sich in den letzten Jahren zum Muster-Reformland gemausert und angesichts

ter den prognostizierten 30 bis 40 Mrd. Dollar bleiben. Viele Investoren begannen wieder politische Risiken abzuwägen, die sie zuvor überhaupt nicht in Betracht gezogen haben, sagt Jewgeni Gawrilenkow, Chefökonom beim Investmenthaus Trojka Dialog. Jaroslaw Lisowolik von der Deutschen Bank meint, dass schlimmstenfalls die Direktinvestitionen um 30 bis 40 Prozent abnehmen, was zu einer Verlangsamung des zuletzt siebenprozentigen Wirtschaftswachstums um 0,4 bis 0,5 Prozent führt. Russlands Wirtschaft kann diese Folgen verdau-

politische Gegenreaktionen seitens Russlands befürchtet.

AUF EINEN BLICK

■ Ein Fünftel von Georgiens BIP dürfte der kurze Krieg mit Russland vernichtet haben.

■ Bei den Kämpfen starben laut Deutscher Presseagentur 1771 Menschen: 1492 südossetische Zivilisten, 64 russische Soldaten, 146 georgische Soldaten sowie 69 georgische Zivilisten.

STUDIE

Osteuropa kein Jobkiller

Nach Westeuropa wandern relativ mehr Stellen ab.

WIEN (ak). Österreich verliert relativ wenige Arbeitsplätze nach Osteuropa. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), welche 400 internationale Unternehmen mit Sitz in Österreich zwischen 2000 und 2004 (also noch vor der EU-Osterweiterung) untersuchte.

„Für zehn Arbeitsplätze, die bei Tochterunternehmen in Ostmitteleuropa entstanden sind, sind drei Arbeitsstellen in Österreich weggefallen“, sagte Autor Martin Falk. „Bei Tochterfirmen in den EU-15-Staaten sind für zehn Jobs gleich fünf heimische Stellen gestrichen worden.“ Das heißt, die relativ geringen Lohnkosten in Polen, Bulgarien oder der Ukraine „schwächen die Beschäftigungszahl in Österreich nicht stark“, so Falk. Was die Studie nicht zeigt, sind mögliche Auswirkungen auf das heimische Lohnniveau.

Durch die EU-Osterweiterung 2004 sollen allenfalls nicht viele Jobs in diese Region abgewandert

sein. „Die Löhne steigen dort sehr stark. Was das Lohnkosten-Motiv betrifft, werden Direktinvestitionen im Ostmitteleuropa ohnehin unattraktiver“, so Falk.

Ein weiteres interessantes Detail aus der Studie: Investieren Muttergesellschaften heimischer Firmen in Osteuropa, nehmen die Exporte dorthin trotzdem nicht ab. Falk: „Das liegt daran, dass sich die Unternehmen im Ausland neue Geschäftsfelder suchen und die Exportleistung aus Österreich trotzdem bestehen bleibt. Die vielen Befürchtungen, dass Direktinvestitionen die Exporte in diese Region ersetzen würden, sind also nicht begründet.“

Viele Beschäftigte in Österreich

Osterreichs Unternehmen mit mindestens einer Tochtergesellschaft im Ausland beschäftigten laut Studie 115 Arbeitskräfte im Inland. Der europäische Durchschnitt (untersucht wurden 20.000 Firmen) lag bei 81 Mitarbeiter.

BANKENBRANCHE

Erste Bank hat Montenegro im Visier

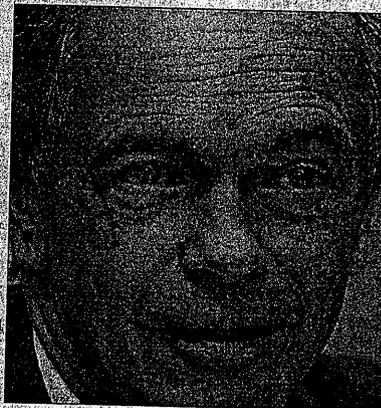
„Opportunity Bank“ soll einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag kosten.

WIEN (holl/APA). Die Erste Bank plant dem Vernehmen nach einen Zukauf in Montenegro. Konkret sollen die Österreicher an der „Opportunity Bank“ interessiert sein, berichten montenegrinische Medien. Neben der Erste Bank hat auch der US-Finanzinvestor Bedminster ein Übernahmeangebot abgegeben. Der Zuschlag soll in den nächsten Wochen erteilt werden, heißt es.

Eine Erste Bank-Sprecherin gibt sich dazu zugeknöpft. „Wir sehen uns immer wieder Banken in Zentral- und Osteuropa an“, sagte sie zur „Presse“. Erst wenn eine Entscheidung gefallen sei, werde man dies öffentlich kommunizieren.

Hohe Wachstumsraten

Die „Opportunity Bank“ ist mit einer Bilanzsumme von 167 Mio. Euro, ein relativ kleines Institut, das aber hohe Wachstumsraten aufweist. Im Vorjahr kletterte der Gewinn um 107 Prozent auf 5,6 Mio. Euro. Die Bank ist mit einem



Treichl sleht sich Ost-Banken an. (AP)

Dutzend-Filialen in ganz Montenegro präsent. Finanzexperten schätzen den Kaufpreis auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag.

Analysten zufolge würde die Akquisition Sinn ergeben. Erste Bank-Chef Andreas Treichl könne die „Opportunity Bank“ als Ausgangspunkt für die Expansion

nach Montenegro nutzen. Ähnlich lief es in der Ukraine, wo die Erste die kleine „Prestige Bank“ kaufte. Bis 2010 sollen in der Ukraine 400 Filialen eröffnet werden.

Russland wird beobachtet

Die Erste Bank ist derzeit in sieben osteuropäischen Ländern vertreten: Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Kroatien, Serbien und Ukraine. Anfang Juli stieg Treichl mit einem Minderheitsanteil bei der russischen „Center Invest“ ein, dabei handelt es sich um eine Finanzbeteiligung. Man wolle den russischen Markt beobachten, heißt es in der Erste Bank.

Die „Opportunity Bank“ wurde im Jahr 2002 gegründet. Mit 71 Prozent ist die US-Gruppe „Opportunity Transformation Invest“ größter Aktionär. Zwölf Prozent hält der Balkan Equity Fund, zehn Prozent der US-Privatinvestor Richard Driehaus. Sieben Prozent befinden sich im Besitz von Kleinaktionären.